

**Drucksache
5469/2014-2020**

DIE LINKE.
Ratsfraktion Bielefeld

DIE LINKE Ratsfraktion Bielefeld, Altes Rathaus, 33597 Bielefeld

An den
Oberbürgermeister
der Stadt Bielefeld
Pit Clausen

Barbara Schmidt
Fraktionsvorsitzende

Stenner Straße 22
33613 Bielefeld
Mobil: 0171/3436072
E-Mail:
barbara.schmidt@dielinke-bielefeld.de

Ratsfraktion Bielefeld
Altes Rathaus
Niederwall 25
33602 Bielefeld

Telefon: 0521/51 50 80
Telefax: 0521/51 81 10
E-Mail: die.linke@bielefeld.de
Internet: www.linksfraktion-bielefeld.de

Bielefeld, 27.09.2017

Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 10
Personalbedarf für das kommunale Ausländeramt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
zur Sitzung des Rates am 28.09.2017 stellen wir folgenden Antrag:

Beschlussvorschlag:

Folgender Satz wird gestrichen:
„Die Besetzung erfolgt zunächst befristet auf 2 Jahre.“

Begründung:

Das kommunale Ausländeramt ist für tausende von Menschen in unserer Stadt zuständig, die besonderen rechtlichen Bestimmungen (Aufenthalt, Arbeit, Wohnen, Familie) unterliegen. Diese Einwohnerinnen und Einwohner (nicht „Kundinnen und Kunden“ wie die Verwaltungsvorlage schreibt) sind existenziell darauf angewiesen, ihre Angelegenheiten zu regeln. Dazu ist dieses Amt seit geraumer Zeit nur notdürftig in der Lage.

Die Vorlagen 4445 und 5231/2014-2020 zeigen drastisch, dass trotz mehr Personal die Wartezeiten immer noch lang sind und die notwendigen Nacharbeiten und Entscheidungen immer noch viel zu lange dauern. In der Vorlage 4445 wird u.a. dargestellt, dass Bielefeld auch nach der geplanten personellen Aufstockung im Vergleich mit anderen Kommunen für diese Arbeit erheblich weniger Personalkapazitäten zur Verfügung stellt. Letztlich wird dadurch auch zukünftig wohl nur Mangel verwaltet.

Ein zentraler Faktor in dieser ungenügenden Situation stellen die für diese Arbeit notwendigen fachlichen Kenntnisse dar; die MitarbeiterInnen müssen über längere Zeit geschult und eingearbeitet werden.

Die genannten Vorlagen zeigen den nicht nur vorübergehenden Mangel an qualifiziertem Personal. Wegen des demographischen Wandels wird sich bei der Stadt Bielefeld auch langfristig der Bedarf für qualifiziertes Personal verstärken. Angesichts dieser Entwicklungen ist es notwendig, den Beschäftigten eine gute Perspektive für ihre Arbeit zu bieten, was vor allem durch nicht-befristete Stellen möglich ist.

Die Stadt als öffentliche Arbeitgeberin ist besonders in der Pflicht, prekäre Arbeitsverhältnisse (und damit Lebensverhältnisse) zu vermeiden. Auch aus diesem Grund sind befristete Beschäftigungen ohne Sachgrund abzulehnen.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Schmidt

Fraktionsvorsitzende DIE LINKE